



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1/- Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Gute Geschäfte - schlechte Löhne.

Die Unternehmer haben ihr Glend mit den Arbeitern. Zuerst ist diese Gesellschaft, die Arbeiter natürlich, nie zufriedenzustellen und dann gibt es noch Zeitgenossen, die, obwohl sie es nicht nötig haben, oft die Partei der Arbeiter, der ewig Unzufriedenen, ergreifen. Der amerikanische Staatssekretär Davis, der den Ausspruch getan hat, „niedrige Löhne sind Diebstahl an der Allgemeinheit“, kann sich diesen Scherz in Amerika erlauben. Deutsche Unternehmer werden sich durch solche Auslassungen nicht irritieren lassen. Seine Worte, „die Zeiten sind vorbei, da irgendein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte“, haben auch nur Geltung für Amerika. In den Augen deutscher Unternehmer gilt der als der Klügste und genialste, der bei seinen Arbeitern die längste Arbeitszeit und die schlechtesten Lohnsätze durchsetzen kann. Er wird von ihnen als Retter der Wirtschaft gepriesen, und ihm nachzueifern ist vaterländische Pflicht. Ein deutscher Unternehmer, der bekanntlich von wirtschaftlichen Dingen mehr versteht, als alle Arbeiter zusammen, wird nie auf den Gedanken kommen, daß mit einer schlechtbezahlten und daher arbeitsunlustigen Arbeiterschaft die heimische Wirtschaft bald zum Erliegen kommen muß, auch wenn er mit seinem Betrieb zurzeit noch gute Geschäfte macht. Neulich sahen wir in einem Gewerkschaftsblatt einen guten Scherz bildlich dargestellt, der eine bittere Wahrheit enthält. Die Fleischer raten ihren Gesellen, die um einen auskömmlichen Lohn ersuchen, sich doch in der Kleidung mehr einzuschränken, die Schneidermeister aber verlangen von ihren Arbeitern, bei Fleisch und Wurst zu sparen, dann werden sie mit ihren Bezügen auskommen, und nachher wundern sich die Unternehmer beider Gewerbe, daß ihre Betriebe immer schlechter gehen. Es fällt ihnen nicht ein, daß sie selbst an der schlechten Geschäftslage schuld sind, die Arbeiter haben eben nur getan oder mußten tun, wozu die piffigen Unternehmer sie gezwungen hatten.

Auch im graphischen Gewerbe sind die Unternehmer nicht klüger. Das Geschäft in den Druckereien kann noch so gut gehen, die Arbeiter werden keinen Anteil daran haben. Die letzte abgelehnte Lohnforderung hat das bewiesen. Zwar wurden von den Unternehmern des Buchdruckgewerbes keine „guten“ Ratsschläge gegeben, sie lehnten einfach eine Erhöhung der Löhne ab, weil der Lohnsatz noch Geltung hatte. Sie waren im Recht, niemand konnte ihnen etwas anhaben. Daß sie sehr gut beschäftigt und die Reallohne der Buchdruckereiarbeiter stark gesunken waren, berührte sie bei der Ablehnung wenig. Beides bestritten sie, um vor der Öffentlichkeit gerechtfertigt zu sein. An die wirtschaftlichen Folgen denken sie nicht.

So denken aber nicht etwa nur die Unternehmer im Buchdruckgewerbe. Die Inhaber anderer graphischer Kunstanstalten denken und handeln genau so. Im Steindruckgewerbe wird nur geflagt. Diesen Unternehmern geht es so dreckig, daß sie sich selbst bei Ablauf der Lohnsätze auf nichts einlassen wollen. Ein grenzenloser Sammer hebt an, wenn die Hilfsarbeiter mit Forderungen kommen und eine Bürgerei - anders kann man die Verhandlungen dort nicht nennen - geht los, wenn ein paar Mark mehr bezahlt werden sollen, daß einem ganz übel dabei werden kann. Im Steindruckgewerbe beweisen mehr als sonstwo die juristischen Beiräte der Unternehmer ihre Daseinsberechtigung und Unzerfälligkeit, da wird jeder verbogene Schraubenschlüssel und zerbeulte Farbentopf juristisch durchgenommen. Eine Magerei ohnegleichen sind Verhandlungen und Bepflegungen mit diesen Herren. Wir können den Unternehmern im Steindruckgewerbe die Versicherung geben, daß sich ihre Rechtsberater das Geld reichlich verdienen.

Das Gejammer der Steindruckereibesitzer um fehlenden Absatz ist genau so zu bewerten wie das anderer Unternehmer. Es geht ihnen gut, kann allerdings auch anders sein, wenn sie z. B. ihr Geschäft nicht verstehen. Doch dann geht es dem Arbeiter noch viel dreckiger. Uns könnte es allerdings gleichgültig sein, wie die Betriebe stehen, wir Arbeiter haben

keinen Vorteil davon, auch bei bestem Geschäftsgang. Hat sich einer unserer Kollegen schon einmal darüber Gedanken gemacht, was z. B. die Spielartenfabriken verdienen und wie die Arbeiter dort gestellt sind? Die Herstellung der Spielarten beschäftigt eine ganz ansehnliche Industrie. Sie ist monopolisiert in den Vereinigten Straßunder Spielartenfabriken A.-G. Wenn drei oder vier Kollegen zu Hause um die Achte- oder Zehntelpennige Stat kloppen, ahnen sie jedenfalls nicht, wer noch unsichtbar mitspielt und ganz erkleckliche Gewinne einheimt. Zuerst einmal - um den Kleinen vorweg zu nehmen - Vater Staat, der für jedes Kartenspiel 30 Pf. als Steuer erhebt, und dann die „Vereinigten Straßunder“, bei denen Verdienen sehr groß geschrieben wird. In elf Monaten, vom Januar bis November 1927, hat das Reich rund 2,3 Millionen Mark an Spielartensteuer eingenommen. Danach sind also in dieser Zeit 7 1/2 Millionen Spiele abgelegt worden, die fast ausschließlich die „Vereinigten Straßunder“ hergestellt haben. Ihr Verdienst ist auch dementsprechend. Die Aktien dieser Gesellschaft werden an der Börse gehandelt und sind in Berlin mit die am höchsten bewerteten Papiere. Anfang Januar stand ihr Kurs auf 276 Proz. Das Geschäftsjahr 1926/27 war über alles Erwarteten gut. Bei einem Aktienkapital von 1,4 Millionen Mark ist ein Reingewinn von 264 000 M. erzielt worden. Die Aktionäre sollen 15 Proz. Dividende erhalten gegen nur 12 Proz. im Vorjahr. Dabei sind an die Gesellschaft starke finanzielle Anforderungen gestellt worden, die bekannte Spielartenfabrik C. L. Wüst, Frankfurt a. M., wurde dem Unternehmen angegliedert, in Altenburg wurde ein neues Werk ausgebaut, beträchtliche Bankguthaben und Kassenstände sind vorhanden (930 000 M.), denen nur verhältnismäßig geringe Verpflichtungen (355 000 M.) gegenüberstehen. Die Beschäftigung des Unternehmens ist auch für die nächste Zeit sichergestellt. Man erkennt, alles in allem, ein gutes Geschäft.

Und nun frage einer von unseren Freunden am Karientisch, was die Arbeiter bei den „Vereinigten Straßunder“ verdienen. Man sollte annehmen, bei diesem guten Geschäft müßte doch auch etwas für sie abfallen. Aber geh doch, lieber Statbruder, du bist gewaltig im Irrtum. Die Gesellschaft bezahlt nicht nur ihre Arbeiter, die ihr zu einem enormen Ueber-schuß verhelfen, ganz miserabel, sie tut noch ein übriges und hat vor einiger Zeit 70 Arbeiter in Straßund entlassen, von wegen des schlechten Geschäftsganges. Das ist die Belohnung oder die Dividende, die der Kollege und die Kollegin erhält. Wer will es uns nun übernehmen, wenn uns der gute oder schlechte Geschäftsgang bei den Unternehmern ziemlich gleichgültig ist. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Betriebe und anderer hat keinen Sinn mehr für uns, sie hat nur Wert für eine Handvoll Aktionäre und deren Leidensgenossen. Zuletzt sei noch eine Frage erlaubt, wie lange werden die Arbeiter solcher wirtschaftlichen Entwicklung untätig zusehen, wann wird es ihnen dämmern, daß solchen Kapitalmächten eine andere, nämlich die Macht der Gewerkschaften entgegengestellt werden muß.

Zustände

und wie man sie bessert.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß es immer noch Betriebe in Berlin gibt, in denen wahrhaft mittelalterliche Zustände herrschen. Es handelt sich hier um eine Kassenblockfabrik im Zentrum der Stadt. Betritt man den Betrieb, so fühlt man sich unwillkürlich in die Zeit des seligen Gutenberg zurückversetzt. Die mangelhaften maschinellen Anlagen des näheren zu erörtern, dürfte hier zu weit führen. Die sogenannte Kaffeefläche grenzt dicht an die nur durch eine Tür getrennte Damentoilette. Ein Spiegnapf ist nicht vorhanden. Mit dem Personal wird ganz nach Willkür umgesprungen. Ist einer nicht so, wie man sich ihn gedacht hat, vielleicht zu teuer geworden, die Leistungen können dessen ungeachtet ganz gute sein, wird er eben herausgegraut oder einfach an die Luft gesetzt.

Wie weit die Willkür reicht, beweist ein Vorfall, der zwar einige Wochen zurückliegt, aber noch in guter Erinnerung ist. Er läßt klipp und klar erkennen, was sich die Herren alles erlauben, denen die bis aufs Mark ausgepowerten Arbeiterinnen und Arbeiter angenehme, sorgenfreie Tage verschaffen. Eine Kollegin erlaubte sich eine schüchterne Anfrage um Zulage. „Ja! - mein liebes Kind, das geht nicht so, wie Sie sich das denken; außerdem sind sie noch nicht lange genug hier (1/2 Jahr).“ Darauf die wiederum schüchterne Anspielung, daß eine andere Kollegin mehr Lohn bekomme und noch kürzere Zeit, also nicht einmal solange beschäftigt wäre als die Antragstellerin. „Ja! - sehen Sie mal, Ihre Kollegin war schon einmal bei uns beschäftigt und außerdem auch früher einmal eine Längerin.“ - Au!

Dort war bis dato, was ja greifbar nahe liegt, keine Seele organisiert. Ein kräftiger junger Mensch aber, der bald merkte, daß seine Kollegen und Kolleginnen nur Spielball der Launen ihrer Vorgesetzten waren, sah, daß es höchste Zeit war, die dort bestehenden Zustände zu ändern. Er veranlaßte eine Betriebsversammlung, die soll besucht war, und einen Betriebsrat von fünf Mitgliedern aus der Taufe hob.

Bis auf einige Schwarzseher ist der ganze Betrieb organisiert. Die Kolleginnen und Kollegen haben den Beweis, daß alles geht, wenn man es nur richtig anpackt. So mancher von den Lesern wird sicherlich in ähnlichem Bruchbetrieb arbeiten. Es gibt noch viel Arbeit allerorten. Lassen wir uns nicht durch eitle Versprechen blenden, von denen kein Mensch leben kann. Augen auf! macht es so wie diese!

-r.

Die Op'er der Maschinen.

Radikalerer Auffatz, den wir der amerikanischen Zeitschrift „New Republic“ (Neue Republik) entnehmen, zeigt, daß die Freilegung von Arbeitskräften durch die arbeitssparende Maschine in den Vereinigten Staaten eine erste Frage geworden ist, welche die öffentliche Meinung und die Gewerkschaften lebhaft beschäftigen.

Eine der großen Elektrizitätsgesellschaften erregte kürzlich großes Aufsehen durch die Ankündigung eines „mechanischen Menschen“, der auf die Einwirkung verschiedener Töne hin imstande sein sollte, auf einen telephonischen Anruf zu antworten, eine Auskunft zu geben oder einen Befehl auszuführen und den Hörer wieder aufzuhängen. Dieser Automat hat dem Nachdenken über die Beziehung des Menschen zur Maschine neuen Stoff gegeben. Jede neue Maschine ist eigentlich ein „mechanischer Mensch“, und täglich werden viele solche mechanischen Menschen in die Produktion eingeführt, die eine große Zahl von Arbeitern von Fleisch und Blut zu ersetzen vermögen.

Die natürliche Reaktion der Arbeiterschaft auf derartige Neuerungen ist feindlicher Art. Als feinerzeit in der Textilindustrie die ersten mechanischen Webstühle eingeführt wurden, rebellierte die Weber und zerstörten sie. Die Arbeitslosigkeit nahm einen großen Umfang an, Hunger und Elend frohen über die Schwellen der Arbeiterhäuser. Seit jener Zeit sind mechanische Erfindungen und Verbesserungen zu täglichen Erscheinungen geworden. Die Nationalökonomien haben die Arbeiterschaft darüber belehrt, daß es kurzichtig sei, sich feindlich gegenüber Einrichtungen zu verhalten, die durch Steigerung der Produktivität letzten Endes die Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes herbeiführen imstande sind. Die Gewerkschaften selbst haben durch bittere Erfahrungen die Fruchtlosigkeit von Versuchen, sich neuen Erfindungen entgegenzustellen, einsehen gelernt. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich allmählich zu einer wohlwollenden Haltung, ja sogar zur Ermütigung der Produktivitätssteigerung befehrt. Und dennoch besteht die alte Einstellung unter der Oberfläche fort und das alte Problem erhebt sich immer von neuem. Hunderte gelernter und ungelerner Arbeiter sehen sich heute der Beraubung ihrer Existenzmöglichkeit durch die Maschine gegenüber. Wie günstig auch die Wirkungen der Maschinenisierung auf längere Sicht gesehen sein mögen, zunächst verdrängt sie fast immer Arbeiter aus ihren Stellungen, wenigstens für Zeiten

von genügend langer Dauer, um großes Elend herbeizuführen.

Sehen wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt vor dieses Problem gestellt? Der vom Federal Reserve Board veröffentlichte Index des Beschäftigungsgrades in der Industrie weist für die letzten Jahre hoher und steigender Produktivität eine ständige Tendenz zur Verringerung der Beschäftigtenzahl auf. Diese Tendenz zeigte sich bereits, bevor sich noch ein Rückgang in dem Produktionsumfang selbst bemerkbar machte. Der dadurch — trotz geringer Lohnsteigerung der Weiterbeschäftigten — hervorgerufene Kaufkraftrückgang bei den Industriearbeitern mag mit einem Grund für das neuerliche Abflauen des Geschäftsganges bilden. Jetzt, wo die Produktion nachläßt, ist ein weiterer Rückgang des Beschäftigungsgrades die Folge, was sich bekanntlich immer weiter verpflanzt. Gegenwärtig beschäftigt die Industrie um etwa 10 Proz. weniger Arbeiter als im Jahre 1919.

Was ist aber aus den Arbeitern geworden, die aus den Lohnlisten der Fabriken gestrichen wurden? Man hat die Meinung geäußert, daß dies wohl zu einem großen Teil alte Leute, Frauen und Kinder gewesen seien, die jetzt von arbeitsfähigeren Mitgliedern der Familie, die weiter in Arbeit stehen, erhalten würden. Wenn dem so ist, so ist der Lebensstandard der Lohnempfänger in den letzten Monaten als Ganzes gefallen, da sich sowohl die gesamte Lohnsumme als auch die Zahl der Beschäftigten verringert hat. Einer anderen Theorie zufolge sollen die freigesetzten Arbeiter in andere Beschäftigungsweiche abströmen. Aber in welche strömen sie ab? Jedenfalls nicht zu den Eisenbahnen oder in die Bergwerke, da der Beschäftigungsgrad dort ebenfalls zurückgegangen ist. Auch nicht aufs Land, da, wie wir alle wissen, die Landbevölkerung sich gleichfalls vermindert hat. Das Baugewerbe, das noch zu einem großen Teil gelernte Arbeitkräfte beschäftigt, kann auch nicht viele von den Freigesetzten aufnehmen haben, und man kann auch kaum ernsthaft die Meinung vertreten, daß sie als Handelsangestellte Beschäftigung gefunden hätten. Vielmehr deuten Berichte aus verschiedenen Quellen darauf hin, daß ein großes und ständig wachsendes Heer dauernd Beschäftigungsloser vorhanden ist.

Wichtige und sorgeschrittene Gemerkschaften, die in ihren Industrien ein großes Maß von Kontrolle ausüben, haben dem Problem der Maschine ernsthaft ins Auge gefaßt und gezeigt, wie es auf vernünftige Weise gelöst werden könnte. Sie wollen die Einführung neuer Maschinentypen zulassen — mit gewissen Einschränkungen zum Schutz der Arbeitenden, die zugleich der ganzen Wirtschaft zugute kommen. Wenn eine neue Maschine eingestellt wird, soll der Lohn des Arbeiters, der sie bedient, nicht verringert werden, und in dem Maße, wie die Produktivität und Rentabilität der Industrie wächst, sollen die Arbeiter durch Lohn erhöhungen an diesem Wachstum teilnehmen. Die Folge ist die Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Arbeiter und die Weiterbeschäftigung der gesamten Wirtschaft. Die Einstellung der neuen Maschinen darf nicht so schnell erfolgen, daß dadurch eine Arbeitslosigkeit größeren Umfangs hervorgerufen würde. Man erwartet vielmehr, daß die natürliche Ausweitung der Industrie, angeregt durch die von den neuen Maschinen herbeigeführte Produktivitätssteigerung, für die Unterbringung der freigesetzten Arbeiter sorgen wird, noch bevor es zu einer Zunahme der Zahl der Arbeitslosen kommt. Dazu sind gut geleitete Arbeitsnachweise nötig, die Stellen für freigesetzte Arbeiter und Arbeiter für freie Stellen ausfindig machen.

Im allgemeinen verfügt die Arbeiterschaft aber nicht über einen solchen Schutz. Vielmehr haben sich

die Unternehmer überall aufs heftigste allen Vorschlägen in dieser Richtung widersetzt. Das ist ein Klagepunkt erster Ordnung, welchen die Arbeiterschaft mit Recht gegen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten vorbringen kann. Die Lobredner des amerikanischen Kapitalismus übertreiben in geradezu unanständiger Weise, wenn sie von unserem allgemeinen Wohlstand und seiner Begründung in der produktiven Konkurrenz und der guten Behandlung der Lohnempfänger sprechen. Aber sie haben bisher nicht das geringste Anzeichen dafür gegeben, daß sie sich der Verantwortung für ihr Teil bewußt sind. Es ist leicht, die Mitarbeit der Arbeiterschaft an der Steigerung der Produktion zu fordern und anzunehmen — denn erhöhte Produktivität steigert die Profite rascher und sicherer als die Löhne. Aber weil die Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise einen wesentlichen Rückhalt für die Arbeiterschaft bedeuten würde, wollen die Unternehmer — mit wenigen und bemerkenswerten Ausnahmen — davon nichts hören. In irgendeinem Zeitpunkt werden wir uns vielleicht wieder einer neuen Krise der Arbeitslosigkeit gegenübersehen, die unweigerlich von einer „Leberproduktion“ begleitet sein wird. Was werden dann die Wirtschaftsführer der Arbeiterschaft antworten, wenn diese sie fragen wird: „Wir haben euch geholfen, mehr und immer mehr zu produzieren, wir haben euch keine Hindernisse in den Weg gelegt, und doch habt ihr nichts getan, um dem durch die Mehrproduktion verursachten Elend der Beschäftigungslosigkeit vorzubeugen und es zu erleichtern. Was wird das Ende der Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit dem Kapital sein, wenn dieses versummen wird, als Entgelt dafür seinerseits die Zusammenarbeit auf diese für die Arbeiterschaft lebenswichtige Frage auszudehnen?“

Unzulängliche Senkung der Lohnsteuer.

Das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien beschlossen hat, enthält über die Ermäßigung der Lohnsteuer folgende Vorschriften:

1. An der bisherigen Steuerberechnung ist nichts geändert worden, der Steuerbetrag wird aber um 15 Proz., höchstens jedoch um 2 Mk. monatlich, 0,50 Mk. wöchentlich uvm. ermäßigt. Diese Ermäßigung erstreckt sich auf alle Steuerpflichtigen mit zwei Ausnahmen; sie wird nicht angewendet: a) auf einmalige Einnahmen, die neben dem laufenden Lohn und Gehalt gezahlt werden (wie z. B. Gratifikationen), b) auf unfähige Arbeiter, die wie bisher 2 bzw. 1 Proz. ihres Arbeitslohns ohne Berücksichtigung von steuerfreien Beträgen und von Familienermäßigungen zu entrichten haben. Wie der Lohnabzug in Zukunft zu berechnen ist, zeigen folgende Beispiele:

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat einen Wochenlohn von 49,80 Mk. Es sind die festen Familienermäßigungen anzuwenden, so daß 33,60 Mk. steuerfrei bleiben. 49,80 Mk. minus 33,60 Mk. = 16,20 Mk., davon 10 Proz. gleich 1,62 Mk., abgerundet 1,60 Mk. Hier von beträgt die Ermäßigung 15 Proz. = 0,24 Mk., so daß als Steuer zu entrichten sind: 1,60 Mk. — 0,24 Mk. gleich 1,36 Mk., abgerundet 1,35 Mk.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern verdient wöchentlich 84,30 Mk. Da er unter die prozentualen Familienermäßigungen fällt, gestaltet sich die Berechnung wie folgt: 84,30 Mk. — 24 Mk. = 60,30 Mk., davon 6 Proz. = 3,61 Mk., abgerundet 3,60 Mk. Die

15 Proz. Ermäßigung hiervon würde 0,54 Mk. betragen, so daß nur der Höchstbetrag von 0,50 Mk. abgezogen ist. Die Steuer beträgt also 3,60 Mk. minus 0,50 Mk. = 3,10 Mk.

2. Das Gesetz erhöht die Grenze für die Nichterhebung von Kleinbeträgen. Während bisher die Lohnsteuer nicht einbehalten wurde, wenn der Betrag wöchentlich nicht über 0,20 Mk. und monatlich nicht über 0,80 Mk. hinausging, bleibt sie in Zukunft unerboben, wenn sie 0,25 Mk. wöchentlich oder 1 Mk. monatlich nicht übersteigt. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern verdient 37 Mk. wöchentlich. Davon bleiben 33,60 Mk. steuerfrei, also 3,40 Mk. steuerpflichtig; hiervon 10 Proz. = 0,34 Mk., abgerundet 0,30 Mk. Die 15 Proz. Ermäßigung von 0,34 Mk. beträgt 0,045 Mk. Dann sind 0,30 Mk. — 0,045 Mk. = 0,225 Mk., abgerundet 0,25 Mk. Dieser Betrag wird als Kleinbetrag nicht erhoben.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer ist bei den kleinen Einkommen weit geringer als bei den mittleren und höheren. Sie beträgt zum Beispiel für einen ledigen Steuerpflichtigen bei einem monatlichen Arbeitslohn von 110 Mk. nur 15 Pf. monatlich, bei 150 Mk. 75 Pf., bei 200 Mk. 1,50 Mk. und von 250 Mk. ab 2.— Mk. Die Steuerleistung eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern wird gesenkt: bei einem Monatslohn von 1,50 Mk. um 15 Pf. monatlich, bei 175 Mk. um 55 Pf., bei 250 Mk. um 1,60 Mk. und bei 330 Mk. und mehr um 2 Mk. monatlich.

Eine solche Ermäßigung ist unsozial. Die Senkung der Lohnsteuer um 2 Mk. monatlich, die den mittleren und höheren Einkommen gewährt wird, entspricht einer Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 100 auf 120 Mk. Diese Erhöhung haben die bürgerlichen Parteien den unteren Einkommen versagt, weil sie verhindern wollten, daß das steuerfreie Existenzminimum der Lohnentwicklung angepaßt wurde. Obgleich die Lohnsteigerungen, die in den letzten Monaten eingetreten sind und die im Laufe des nächsten Jahres noch bevorstehen, zum größten Teil nur eine Erhöhung des Nominallohns, aber nicht eine Erhöhung des Reallohns darstellen, ist die Freigrenze bei der Lohnsteuer nicht heraufgesetzt worden. Einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung haben nur die mittleren und höheren Einkommen erhalten; die unteren Einkommen, die am schwersten davon betroffen werden, dagegen nicht. Damit wird der Anfang mit der Besteuerung des Existenzminimums gemacht, die von den Unternehmern und den Rechtsparteien seit langem gefordert worden ist.

Die Verarmung der italienischen Arbeiterschaft.

Verminderung der Löhne und des Verbrauchs.

Im vergangenen Juni ist in Italien ein allgemeiner Lohn- und Gehaltsabbau erfolgt, ein weiterer im Ausmaße von 10 bis 25 Proz. ergänzte ihn im Oktober. Um den Einstuß dieser Lohnkürzungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten zu verstehen, muß man die Tatsache berücksichtigen, daß die Löhne und Gehälter in Italien im Vergleich zu anderen Ländern schon die niedrigsten waren, und daß die Aufwertung der Lira dem englischen Pfund und dem Gold gegenüber beträchtlicher war als die der Engrospreise und insbesondere der Einzelhandelspreise. Die Indizes für die Lebenshaltung in den drei größten italienischen Städten, deren statistische Höhe im August d. J. veröffentlicht wurde als das englische Pfund auf 89,33 stand, haben ungefähr den

Wirtschaft und Kultur.

Wir tragen die Zeit.

Jedesmal, wenn 365 Tage zu Ende sind, beginnt bekanntlich ein neues Jahr. So ist unsere Einteilung der Zeit. Wir messen sie und haben als Maße das Jahr, den Tag und die Stunde. Dennoch ist diese Einteilung kein wahrer Maßstab für Zeitbewegung. Seit den revolutionären Entdeckungen von Einstein wissen wir ja, daß Raum und Zeit nur relative Begriffe sind und was für die Zeiten und Räume des Unendlichen gilt, das gilt auch für unser alltägliches Leben.

Auch in unserem Menschenleben ist Zeit ein relativer Begriff. Er hängt ab von uns, von den Verhältnissen des Lebens, von dem Inhalt der Zeit. Wir erleben es ja täglich, wie uns Stunden oft wie Wochen wie verfliegen, während andere dahinfliehen, als wollten sie gar nicht vergehen. Genau so sprechen die einen am Jahreswechsel, daß nun schon wieder ein Jahr zu Ende gegangen und wie schnell es doch verfliegen sei, während die anderen, die in Trauer, in Krankheit, in ewiger Arbeitslosigkeit und ähnlichem Mißgeschick lebten, aussprechen, daß das alte Jahr endlich zu Ende sei.

Und das gleiche gilt für unser Leben im großen, für das Leben des Volkes. Wie schlichen so manche Jahrzehnte dahin, und wie überstürzt sich die Zeit heute! Welch ein Stück Weltgeschichte, welch ein Stück sozialer Geschichte enthalten die letzten zehn Jahre! In ihnen geschah mehr als vorher in vielen Jahrzehnten zusammen. Und sie schießten wie vom Sturm getrieben noch immer durch diese Krise hin. Nur werden wir uns oft dessen nicht bewußt, weil wir selber ganz ergreifen sind von diesem Jagen der Zeit, und wenn so vielen manches nicht schnell genug geht, so ist das der Einfluß dieses heutigen Tempos der Zeit, das oft den

Sinn für das Reifen und den Blick für organisches Wachstum trübte.

So franken so viele Rörgler der sozialen Entwicklung an dem kapitalistischen Begriffe der Zeit, weil sie von außen her künstlich zwingen und erpressen wollen, was von innen her aus dem Menschen organisch wachsen muß.

Das soll nicht heißen: nun schlafen und träumen und warten, nein, daß heißt herrliche, lebendige Ausfüllung der Zeit. Das heißt Wirken und Schaffen im Dienste des gewerkschaftlichen Gedankens und ringen und streben zu dieser allgemeinen sozialen Aufklärung des ganzen schaffenden Volkes, die so stark und umfassend wird, daß durch sie dann mit dieser Voraussetzung einmal vielleicht an einem Tage geschieht, was sonst Jahrzehnte erfordert.

Von uns hängt die Zeit ab. Wir können sie formen, wir können sie lassen, so gewaltig, so historisch, daß wir, wenn uns der Abend des Lebens sich neigt, ein Jahrhundert erfüllt haben.

Ein Jahr vergehen? Wir wollen anders rechnen: von Tat zu Tat, von Erfolg zu Erfolg. Und auch einmal durch zähe dahinziehende schwere Zeit der Treue und des Opfers vorwärts zu einem neuen Höhepunkte des Sieges.

Der Verband.

Wer kann die Organisationen ändern, die da in den letzten Jahrzehnten gegründet worden sind. Die lächerlichsten und merkwürdigsten Gebilde sind entstanden, und nicht gerade erbautlich muß es sein, sich einem Vereinchen anzugehören.

Es ist der ganze Zerlegungsprozeß unserer Zeit, der da auch im organisatorischen Leben zum Ausdruck kommt. Es ist aber vielleicht auch die Reaktion gegen den Jahrhundert hindurch waltenden Individualismus, der da heute mit den Tausenden von Vereinen und Klubs ins andere Extrem

gerät. Jedenfalls gibt unserer Zeit das organisatorische Leben die Signatur, und es ist im Interesse des großen Sinns des organisatorischen Gedankens, daß sich jeder, den es angeht, einmal befinnt und sich organisatorisch konzentriert.

Zum Verbands gehört eine Aufgabe, eine innigere Verbindung. Eine Größe des Ziels ist nötig. Eine Würde der Mitgliedschaft muß sein. Der Verband muß ein Stück der Zeit bedeuten. Er muß den einzelnen verbinden mit dem großen Sinn, den das Ganze zu erfüllen hat. Im Verbands muß ein starker sozialer Wille sprechen, der mahnt und warnt und im Sinne des Lebens der Zeit zwingt. Er muß der Ausdruck sein des großen Erwachens. Er muß in sich tragen den warmen Herzschlag der Zeit und den Schein des neuen Morgenrots bedeuten.

Die Kraft in Vereinen und Klubs zu verzettern, heißt, sie vertieren. Da, wo die Masse schreiet, da schreiet die Zeit. Da schreien wir mit. Da wachsen wir über die Zahl hinaus zur Mitgliedschaft, zu einem lebendigen Gliede im stetigen Schreiten eines neuen sozialen Jahrhunderts.

Wissenschaftliche Reaktion.

Der brutale Kampf der Schwerindustrie gegen das soziale Recht ist das Seitenstück zur politischen Reaktion. Von allen Seiten her sucht man die soziale Republik zu erledigen, und da ist die wissenschaftliche Reaktion, die sich heute bemerkbar macht, nichts zufälliges und belangloses, sondern ein Stück dieses antisozialen Versuchs unserer Tage, das unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

In der wissenschaftlichen Literatur und in der wissenschaftlichen Presse kommt dieses antisoziale Streben immer stärker zum Ausdruck. Der Mut wächst drüber immer mehr und immer mehr die Gefahr, Abbau der sozialen Fürsorge ist

Ziffern des Januar 1925 entsprechen, als es auf 115,95 stand. Es ergibt sich folgendes Bild:

	Turin	Mailand	Rom
Januar 1925	129,32	134,90	141,06
August 1927	129,61	126,83	143,17

Hierbei muß dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die Indexziffern für die Lebenshaltung weit bedeutendere Abnahmen bezeichnen als die wirklichen, da in den letzten Monaten des Jahres alle Gemeinden auf dem Verordnungswege die Preise für Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs festgesetzt haben. Infolgedessen teilen die Kaufleute den mit der Preiskontrolle beauftragten Beamten aus Furcht vor Warnungen, Schwierigkeiten und gar Bestrafungen diese Preise mit, während sie sich der Kundschafft gegenüber, wie schon immer, des Vorhandenseins mehrerer Qualitäten derselben Ware bedienen, um diese Preise zu umgehen. Außerdem muß man beachten, daß der Zweifel an der „gewollten“ Genauigkeit der Indexziffern mehr als berechtigt ist: der „Corriere della Sera“ hat einen Bericht über die Sitzung der Sekretäre der sogenannten faschistischen „Gewerkschaften“ von Mailand veröffentlicht, in der die Erhöhung der Kosten für mehrere Dinge des täglichen Bedarfs festgestellt und der Wunsch ausgedrückt wurde, „daß die Indexziffern für die Lebenshaltung künftighin mehr der Wirklichkeit entsprechen.“ Weiterhin ist der Rückgang der Indexziffern zum großen Teil auch auf die gesetzliche Mietpreiskontrolle zurückzuführen, die jedoch nicht allen zugute kommt; ausgeschlossen sind alle, die möbliert wohnen, und das sind in den großen Städten Zehntausende von Arbeitern und Angestellten, und alle, die in nach dem Jahre 1919 gebauten Häusern wohnen.

Auf die Verminderung der Lebenshaltung hat natürlich auch der Steuerdruck nachhaltigen Einfluß, und die letzte Lohn- und Gehaltsberufung trat gerade ein, als die Lebensmittelpreise infolge der hohen Notierung des Getreides auf den Weltmärkten, der schlechten Ernte und der Dürre, die den ganzen Sommer andauerte, beträchtlich gestiegen waren. Die von der Regierung beschlossene 30prozentige Herabsetzung des Steuerzuschlages für ihre Beamten im Juli, die meistens Beamte mit Familie betroffen hat, und die gänzliche Beseitigung desselben für alle Junggeheilen im September, haben es allen kleineren Beamten empfindlich erschwert, die einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

In einem vor einigen Monaten einem belgischen Journalisten gewährten Interview hat Mussolini berichtet, er verfolge die Politik, „die Angestellten gut zu bezahlen, da seiner Ansicht nach viel dabei herauskäme.“ Um diese Versicherung des „Duce“ Lügen zu strafen, genügt es, die Einkünfte gewisser Staatsangestelltenkategorien zu betrachten. Es gibt z. B. Postbeamte, die nach mehreren Dienstjahren in Rom oder Mailand mit monatlich 360 Lire leben müssen und für jede Ueberstunde 1,30 Lire erhalten. Andere Kategorien von Postbeamten verdienen monatlich 400 Lire und 1,98 Lire für die Ueberstunde. Man muß aber verstehen, daß nur diese Ueberstunden bezahlt werden, und der italienische Staat, der gegen alle noch geltenden internationalen Abkommen ist, zahlt daher für die Ueberstunde weniger als für die normale Dienststunde. Daber sind viele Beamte, deren Befoldung ihnen lediglich ein erbärmliches Dasein sichert, gezwungen, täglich fünfzehn bis sechzehn Stunden zu arbeiten. Ihre Lebensbedingungen sind derartig geworden, daß im „Staatsangestellten“, dem Organ der faschistischen Vereinigung der Staatsangestellten, unter der Ueberschrift „Die Wahrheit über die Gehälter und die Preise“ von einer „Demoralisation“ der Angestellten angesichts der Unmöglichkeit gesprochen werden konnte,

mit diesen weit unter den Vorkriegsbesoldungen stehenden Gehältern den primitivsten Lebensnotwendigkeiten zu genügen.

Bereite Zeichen für die durch die Lohnfürzungen entstandene Unzufriedenheit sind die zahllosen Proteste und Streiks, die da und dort innerhalb der Belegschaften verschiedener Industriezweige erfolgen. Streiks, von denen die faschistische Presse, für die ja alles ruhig erscheinen muß, natürlich keinerlei Notiz nimmt, betreffen jedoch die faschistischen Behörden sich Sorgen machen und die zu sehr eindrucksvollen Bewegungen geführt haben, wie Ende Oktober bei den Textilarbeitern in der Lombardei, von Pusto Arsizio und Gallarate, die mehrere Tage als Protest gegen die Lohnherabsetzung streikten. Infolge dieser Kundgebungen, an denen 15 000 Arbeiter beteiligt waren, ist es durch die rücksichtslosen Gegenmaßnahmen der Faschisten und der Polizei zu schweren Zusammenstößen gekommen. Ähnliche Vorgänge ereigneten sich in mehreren anderen Industriezweigen.

Während so die Löhne und Gehälter immer mehr herabsteigen, ist eine dauernde Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die von der sozialen Versicherungskasse angegebenen Zahlen haben als absolute Ziffern kaum Wert, vermögen jedoch ein annäherndes Bild von der Lage des italienischen Arbeitsmarktes zu vermitteln. Aus einleuchtenden Gründen veröffentlicht die Regierung darüber Zahlen, die weit unter der Wirklichkeit stehen. Man muß hinzufügen, daß in fast allen Fabriken mit vermindelter Arbeitszeit gearbeitet wird; diese Tatsache erscheint jedoch nicht in den amtlichen Aufstellungen.

Die Vertiefung der Not in Italien zeigt sich am besten in der Zahl und dem Wert der in den Verkaufshäusern ausgelieferten Bedarfsgegenstände. Die Zahl der verpfändeten persönlichen Bedarfsgegenstände hat in der Zeit von Juli 1926 bis zum gleichen Monat 1927 um etwa 37 Proz. und ihr Wert, in Goldlire ausgedrückt, um fast 140 Proz. zugenommen. Gleichzeitig haben sich entsprechend die Verpfändungen von Wertobjekten vermehrt, deren Zahl sich im Juli 1926 auf 562 000, im Juli 1927 aber auf 1 040 000 belief, zu einem Wert von 201 Millionen Papierlire.

Auch die Verbrauchsziffern enthalten das Elend in Italien. Die letzte Nummer der von den Universitäten Rom und Padua u. a. herausgegebenen „Richtzahlen der Wirtschaftsbewertung“ geht, daß „der Verbrauch äußerst empfindliche Einschränkungen zeigt, die das Regime äußerster Sparsamkeit erhehlen, das die Bevölkerung sich gegenwärtig auferlegt“ habe. So also ist unter faschistischer Herrschaft die Klasse der Arbeiter und Angestellten heruntergekommen, unter demselben Regime, das sich durch seine Propagandastellen im Auslande als „Wiederaufbauer seines Landes“ feiern läßt. Es sind, im Auslande und in Italien selbst, nur noch kleine, unerfüllliche Gruppen, die es sich gegen klingende Anerkennung angelegen sein lassen, die „geniale und geschichtliche“ Politik des Duce in den Himmel zu heben.

Rundschau.

Die Präsidenten der Landesarbeitsämter. Die neuen Landesarbeitsämter haben jetzt ihre Präsidenten. Folgende Persönlichkeiten sind von Reichspräsidenten berufen worden:

1. Landesarbeitsamt Ostpreußen: Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Gagner.
2. Landesarbeitsamt Schlesien: Landesrat Wärtner.
3. Landesarbeitsamt Brandenburg: Stadtrat Brühl.
4. Landesarbeitsamt Pommern: Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium Kretschmann.
5. Landesarbeitsamt Nordmark: Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Dr. Eißberg.

Der Arbeitsplatz als Erdbebegebiet.

Massen des Volkes arbeiten heute mit dem Kopf oder mit der Hand in Betrieben, in denen die Arbeit, wenigstens heute noch, nicht ohne Gebrauch von Maschinen oder sonstigen Arbeitsgeräten möglich ist — denken wir an unsere Relatormaschinenfabriken. Da stampft es stets auf den Boden. Da dröhnt die Erde, und wir fühlen selbst ihren Aus. Ein stetes Erdbeben ist der ganzen Arbeitsstunde hindurch, wie wissenschaftliche Untersuchungen mit dem Seismographen (Erdbebenmesser) kürzlich bewiesen haben.

Dipl.-Ing. Wittig hat diese Untersuchungen mit dem Seismographen in Waggebäude angeestellt. Die Untersuchung galt vor allem den Erschütterungen der Häuser, die durch verändernde Kraftwagen verursacht werden, und der Seismograph zeigte hier die verchiedensten Grade der Erdbeben, die stärksten natürlich ausgeschlossen. Die gleiche Erschütterung aber wie sie Erdbeben aufweisen, zeigte auch zum Beispiel der Betrieb eines Sägewerks. Da, bis zu 150 Meter vom Werke entfernt zeigte der Seismograph die Erschütterungen, die durch eine neue Lokomotive hervorgerufen wurden. „Die hin- und hergehenden Bewegungen ihrer schweren Massen“, so schreibt Wittig hierüber in der „Berkehrstechnik“, erschütterten die Maschinenfundamente und gelangten durch den Erdboden bis an das 150 Meter entfernt liegende Gebäude. Sie waren in dieser Entfernung noch deutlich bemerkbar und in ihrem Rhythmus auf dem Seismographen genau übereinstimmend mit dem Takt des von dem betroffenen Grundstück aus zu beobachtenden Auspuffdampfes der Maschine.“

Vielleicht wird die Aufmerksamkeit der Technik durch diese Untersuchungen einmal auf das Problem gelenkt, das da in diesen Untersuchungen zum Ausdruck gekommen ist. Es ist ein Stück der Rationalisierung der Menschenkraft, die Neben- vor diesen ewigen Erschütterungen, das ganze Arbeitsleben hindurch, zu bewahren. Denn die Vermeidung solcher Erdbeben ist technisch möglich.

6. Landesarbeitsamt Niederachsen: Präsident der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt in Ueck Dr. Lint.
7. Landesarbeitsamt Westfalen: Direktor des Landesarbeitsamtes Westfalen Dr. Bordenmann.
8. Landesarbeitsamt Rheinland: Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Kiffing.
9. Landesarbeitsamt Hessen: Badischer Arbeitsminister a. D. und Präsident des Gewerbeaufsichtsamtes Ministerialrat Dr. Engler.
10. Landesarbeitsamt Mitteldeutschland: Abteilungspräsident im Landesfinanzamt Berlin, Dr. Voelkl.
11. Landesarbeitsamt Sachsen: Amtshauptmann von Dresden-Land Dr. Schulze.
12. Landesarbeitsamt Bayern: Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Geh. Regierungsrat Kerchensteiner.
13. Landesarbeitsamt Südwestdeutschland: Ministerialrat im württembergischen Wirtschaftsministerium Kaellin.

Die in Befehl vorgehenden ständigen Stellvertreter sind noch nicht ernannt.

Direktorengehälter und Arbeiterlöhne. Dieser Tage ist ein Prozeß in Bayern zu Ende gegangen, der mit der Beurteilung des bekannten Generaldirektors von der Firma Reisinger, Gebbert und Schall, Ziemann, endete. Für seine Betrügereien und Schiechungen erhielt er die außerordentlich milde Strafe von 6 Wochen Gefängnis und 80 000 M. Geldstrafe. Interessant war an diesem Prozeß die ungeheuren Gehälter, die Ziemann ausbezahlt erhielt. Neben anderen Einkünften zog er ein Jahresgehalt von 400 000 M. Diesem Gehalt wurde von einigen Sachverständigen als Maßstab bezeichnet. Es erklärte, daß Jahresgehälter von 300 000 bis 400 000 M. auch heute noch bei der rheinischen Schwerindustrie, bei den Farbwerken, in der Kunstseiden- und Kallindustrie nichts Seltenes seien. Man bedachte, was solche Summen bedeuten! Und dem sollte man gegenüber, daß die Arbeiter der Schwerindustrie mit einer Mehrlohn von ein paar Pfennigen kämpften und mit einer Stundenlohnsteigerung von 2 P. abgepeist wurden. Oben gibt man mit vollen Händen, jedoch macht man große Statistiken auf, wenn die von unten nach etwas mehr von den Vätern der Erde verlangen. Jene Väter, die durch ihren Schweiß und durch ihrer Hände Arbeit entstanden sind. Gewiß kann die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen nicht gleichmäßig bezahlt werden. Tüchtigen Leuten steht eine höhere Entlohnung zweifellos zu. Jedoch solche gewaltigen Unterschiede kann es nur in einem Gesellschaftszustande geben, der von der Gemeinnutlichkeit diktiert wird.

Die Entwertung von Arbeiteraktien. Die Beteiligung der Arbeiter an den Aktien der Unternehmungen, bei welchen sie beschäftigt sind, ist besonders in den angelsächsischen Ländern sehr verbreitet. Dabur soll der Arbeitnehmer an den Betrieb beteiligt, an dessen Gelingen interessiert und überhaupt in die kapitalistische Profitwirtschaft eingeschaltet werden. Säufig werden aber sogenannte „billige Arbeiteraktien“ den Arbeitnehmern auch zum Zwecke einer bequemen Geldbeschaffung von den Unternehmern aufgedrängt. Nun gibt es aber mannigfaltige Wege, um den Wert der Arbeiteraktien zu vermindern: Verwässerung des Kapitals, Verschlechterung der Aktien usw. Der einzelne Aktionär, darunter der Arbeiteraktionär, ist diesen Mächtigkeiten wehrlos ausgeliefert. Bei Kapitalzusammenlegungen zum Zwecke der Sanierung von notleidenden Unternehmungen wird die Arbeiteraktie ebenfalls entwertet. Bei der kürzlich erfolgten Zusammenlegung der Aktien der großen englischen Nützungsfirma Armstrong, als sich diese mit dem anderen Nützungsfabrikanten Widors verschmolz, kam die Entwertung der Arbeiteraktien in einer dramatischen Szene bei der Generalsammlung zur Sprache, wo ein Aktionär Fragen über das Schicksal der Arbeiteraktien stellte: „Ich meine persönlich Arbeitnehmer des Trusts — sagte der Aktionär — die, um eine Beteiligung zu erwerben, gebettelt, geborgt und alles außer Stehlen getan haben. Manche von ihnen, die alt geworden sind und in schlechten Verhältnissen leben, müssen heute erkennen, daß ihre Aktien nicht mehr wert sind als ein Fetzen Papier.“ Der Präsident der Gesellschaft versprach, daß die Angelegenheit, wenn sie wieder auf die Tagesordnung kommen würde, „berücksichtigt“ werden sollte.

Der neue Ford. Das Erscheinen des neuen Fordwagens wurde in den Vereinigten Staaten als ein Ereignis von großer Bedeutung angesehen. Bekanntlich hielt Ford seine Betriebe seit Juni geschlossen, um die Umstellung auf die neuen Wagen durchführen zu können. Die Zeit der Stilllegung seiner Betriebe fiel mit einer außerordentlichen Verlangsamung der amerikanischen Konjunktur zusammen. Man wollte einen Zusammenhang zwischen den beiden Tatsachen leben und den Konjunkturdarlegung auf den Produktionsausfall bei Ford zurückführen. Schon bei der Ankündigung des neuen Fordwagens haben die Aktien in denjenigen Produktionszweigen, welche Ford mit verschiedenen Bestandteilen, wie Reifen usw., versorgen, eine große Kurssteigerung erfahren. Die Konstruktion des neuen Modells unterscheidet sich wesentlich vom alten Ford; es ist ein ganz moderner Wagen, der nur um etwa 300 M. mehr kostet als der alte. Der billigste geschlossene Typ wird in Amerika zu einem Preise von 495 Dollar = 2080 M. verkauft. Ford möchte bald eine Tagesproduktion von 8000 Wagen erreichen, während seine Konkurrenz der Meinung ist, daß er es auf höchstens 2000 bringen kann. Die Leistungsfähigkeit der Fordbetriebe für den alten Fordwagen betrug täglich 10 000 Wagen, hergestellt wurden täglich etwa 7500, leit zum hat man mit der Herstellung dieser Wagen bekanntlich überhaupt aufgehört. Es soll die Absicht bestehen, die Ausfuhr des neuen Fordwagens mit allen Mitteln zu fördern. Die für Europa bestimmten Wagen werden mit Rücksicht auf das europäische Besteuerungssystem in anderer Weise hergestellt als die für Amerika bestimmten; diese Umstellung konnte ohne Einschränkung der Massenproduktion vorgenommen werden. So kann der europäischen Automobilindustrie im neuen Fordwagen ein mächtiger Konkurrenz erwaschen. In England wird der neue Fordwagen trotz der 33 1/2prozentigen Zölle für 3700 M. angeboten. Der Preis des Fordwagens kann in Europa noch verbilligt werden, wenn Ford nur die Bestandteile liefert, die dann in seltenen europäischen Werken zusammengesetzt werden, weil in diesem Falle die Zollbelastung erheblich geringer ist. Es ist anzunehmen, daß die Bedrohung der europäischen Automobilindustrie durch den neuen Ford den Ansporn zu weiteren großen Zusammenstößen in der europäischen Automobilindustrie geben wird.

das Ziel, Abbau der Krankenerkrankung, Abbau der sozialen Verelendung, Abbau der Erwerbslosenfürsorge, Abbau der staatlichen und kommunalen Einrichtungen zum Schutze der Bedürftigen. Man spottet (in einem wissenschaftlichen Organ!) über die freie Bahn, die man in die letzten Gebiete werben sollte. Mögen sie doch verwenden, diese Schwachen! Herrenmoral!

Sa, Herrenmoral! Um Herrschen geht es. Ein Stück Klassenkampf ist es, das sich da unter wissenschaftlichem Gewande verbirgt. Während zum Beispiel die Zahl der Rechtsanwäite gegenüber der Vorkriegszeit nur von 12 500 auf 14 900 gestiegen ist, liegt die Zahl der Ärzte von 33 000 auf 45 000. Davon sind 27 000 Kassenzärzte, das heißt 8 500 Ärzte zu viel. Und darum soziale Not unter den Ärzten, und darum der Kampf eines einzelnen Berufs gegen eine ganze lebende Klasse.

Statt in den eigenen Reihen das Uebel zu suchen, strebt man nach Besserung des Loses von ein paar Tausend auf Kosten der sozialen Lage von Millionen von Volksgenossen, macht man diesen Kampf zum Seitenstück der großen sozialen Reaktion, die sich da vor unseren Augen abspielt.

Führende Sozialärzte, die die sozialen Nöte des Volkes kennen, wie Dr. Rott, verlangen einen Ausbau der sozialen Fürsorge. Sie nennen die sozialen Maßnahmen von heute unzureichend und wollen das Volk ganz erfasst wissen im Interesse der Gesundheit und Leistungskraft dieses Volkes. Aber da beherrscht diesen einzelnen gegenüber die soziale Reaktion das weite wissenschaftliche Feld.

Es gilt, die wirtschaftliche Wurzel dieser antizipalen Bewegung der Wissenschaft zu erkennen und diesen wirtschaftlichen Sonderstreben gegenüberzustellen eine große gesellschaftliche Kampfkraft der Massen zur Erhaltung und Förderung der sozialen Rechte des breiten Volkes.

Was arbeitssparende Maschinen vermögen. In den Vereinigten Staaten ist ein Rückgang in der Beschäftigung festgestellt worden. Der Grund für die große Abnahme der Beschäftigtenzahl ist die Einführung von arbeitssparenden Maschinen. In der Hauptvermittlung der Taylor-Gesellschaft wurde die Ansicht des amerikanischen Arbeitswissenschaftlers angeführt, der zufolge die Eisen- und Stahlindustrie bei Ausnutzung ihrer vollen Leistungsfähigkeit mit ihrer gegenwärtigen Ausrüstung in sieben Monaten soviel erzeugen könnte, als der Markt in einem ganzen Jahr aufnehmen vermag. Würde sich die gesamte Eisenindustrie auf den Stand der leistungsfähigen Betriebe umstellen, so könnte mit einem Drittel der gegenwärtigen Belegschaft ebensoviel wie heute erzeugt werden. Um die gewaltigen Veränderungen der Produktionsanlagen zu veranschaulichen, wurden die folgenden Angaben gemacht: In der Eisenindustrie können heute bei der Heizung der Defen zwei Arbeiter soviel leisten wie früher vierzehn, sieben Arbeiter soviel Roh Eisen gießen wie früher sechzig. Zwei Männer können heute soviel Roh Eisen ausladen wie früher 128.

Vielleicht denken unsere Kollegen einmal darüber nach, wie und wo die überflüssigen Arbeiter untergebracht werden können. Die Unternehmer machen sich darüber keine Gedanken.

Das Leben der Unorganisierten. Welch furchtbare Lebensverhältnisse mit einem Tiefstand organisatorischer Lebens vorhanden sind, beweisen uns die Arbeitsverhältnisse von tausenden japanischer Frauen und Mädchen. Der große Aufschwung der Textilindustrie Japans in neuester Zeit hat dort eine ungeheure Zunahme an weiblichen Arbeitsträften zur Folge gehabt, der ein gleich starkes Wachsen organisatorischer Lebens nicht gefolgt ist. Die bewahrenswürdigen Ausrichtungen dieser Nachstellung, die der Kapitalismus auf diese Weise bekommen hat, beleuchtet in lehrreicher Weise eine Arbeit von G. Teruoka im Archiv für Frauenleben und Konstitutionsforschung. 80 Proz der Arbeiterin sind danach Frauen und Mädchen, und der vierte Teil dieser Frauen und Mädchen ist noch nicht 16 Jahre alt. Ohne jede Rücksicht auf das Wesen und die Natur der Frau werden diese armen Menschen ausgebeutet. Die zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit ist die Regel. Dazu kommt noch häufig Nachtarbeit. Der Kapitalismus sucht diese weiblichen Arbeitsträfte vor allem auf dem Lande. Da werden sie angeworben und dann in Heime gebracht, die mit den Werken verbunden sind. Das Leben der Arbeiterinnen ist somit ein Anfallsleben schlimmster Art, denn es heißt ausdrücklich in dieser wissenschaftlichen Arbeit, daß die Verpflanzung schlecht ist. Daß die Tuberkulose dabei stark verbreitet ist, wundert nach alledem nicht. Auch nicht, daß die Arbeiterin wie Teruoka schreibt, in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung stark gehemmt ist. Natürlich ist von Schwangerenfürsorge auch nicht die Spur vorhanden, und die Arbeit bis zum Tage der Niederkunft ist allgemeine Regel — So ist das soziale Leben, wenn der Macht nicht eine Macht gegenübersteht.

Arbeitermangel? Es klingt paradox, in dieser Zeit furchtbare Arbeitslosigkeit von einem Arbeitermangel zu sprechen, und doch geschieht es in einer Arbeit aus dem Reichsarbeitsministerium. Nach ihr ist mit einem sehr schnell steigenden Ausfall an vollräftigen Arbeitern zu rechnen. Im Jahre 1929 sollen es schon über 80.000 sein, die fehlen, und 1932 soll bereits ein Mangel an 640.000 Arbeitern vorhanden sein. Diese Gefahr, die da trotz der Rationalisierung vorhanden ist, wird auf den erschreckenden Geburtenrückgang zurückgeführt. Der Geburtenrückgang aber hat seine Ursache in den sozialen Räten des Lebens, in den erbärmlichen Wohnverhältnissen, dem mangelhaften Einkommen großer Massen. Hier ist der Punkt, von dem aus die Zukunft zu gestalten ist!

Gefahren der Frauenarbeit. Die Frauen haben Frauenarbeit zu leisten, aber nicht Männerarbeit, wie es heute so oft noch geschieht. Künftige Untersuchungen haben ergeben, daß bei schwerem Tragen und Heben bei 70 bis 78 Proz der Frauen Menstruationsstörungen aufgetreten sind. Vor allem haben die jugendlichen Arbeiterinnen nach diesen Untersuchungen unter zu schwerer Arbeit zu leiden.

Jede Diktatur hat ihre Trostis! Der italienische Unterstaatssekretär im Ministerium der Korporationen hat an die faschistischen gewerkschaftlichen Organisationen ein Zirkular gerichtet, in dem er die Tragweite des vom obersten Regierungshaupt gefassten Beschlusses betreffend das für unbestimmte Zeit erlassene Verbot gewerkschaftlicher Versammlungen umschreibt. Mit der größten Bemühten wird darin gesagt, daß dieser Beschluß „natürlich die gewerkschaftliche Tätigkeit der Organisationen nicht einschränken soll“, was allerdings vielleicht stimmt; denn mit und ohne Versammlungen kann ja von einer „Tätigkeit“ gar nicht geredet werden; die Organisationen haben das zu tun, was ihnen von oben befohlen wird. Als keinen Trost fügt der Unterstaatssekretär bei, daß Sigungen „in den Räumlichkeiten der Gewerkschaften (!) zur Besprechung von Fragen betreffend die Interessen der Verbände und die Gründung neuer Organisationen trotzdem weiter erlaubt seien“. Die Teilnehmerzahl muß jedoch strikte beschränkt sein und Berichte über die Verhandlungen dürfen dem Publikum nicht zur Kenntnis gebracht werden, es sei denn in Meldungen, die von den Förderationen, das heißt von den Gewährsmännern Mussolinis, zu registrieren sind.

Daß selbst die nach den striktesten faschistischen Regeln zusammengereichten faschistischen Gewerkschaften nicht mehr tagen und ihre Führer trotz ihres hundertprozentigen faschistischen Herzens kein selbstgeformtes Wort mehr äußern dürfen, zeigt, wie sich der Faschismus „entwickelt“. Auch in Italien mußte es natürlich letzten Endes so weit kommen, daß Anhänger des herrschenden Regimes von ihren eigenen Beuten mundtot gemacht werden. Wie das Zirkular des Unterstaatssekretärs deutlich durchbildet läßt, wurden oben aufgeführte Maßnahmen nötig, um „äußeren Manifestationen“, die zum Funktionieren der Gewerkschaften nicht wirklich nötig sind, ein Ziel zu setzen. Offenbar hat jede Diktatur ihre Trostis.

Für das Heer 11,80 Mr. — für das Gesundheitswesen 11 Mr. Aus dem Haushaltsplan des Reiches für 1928 geht hervor, daß für 1928 für die Wehrmacht 743,5 Millionen Mark ausgegeben werden sollen. Also auf den Kopf der Bevölkerung 11,80 Mr. Vergleichen wir damit die Ausgaben für andere Zwecke, dann können wir nur feststellen, daß der Militarismus in Deutschland wieder

Trumpf ist. Für kulturelle Zwecke werden nur 34,6 Millionen Mr. verausgabt oder 54 Pf. je Kopf der Bevölkerung; für Gesundheitswesen 6,7 Millionen Mr. (11 Pf. je Kopf der Bevölkerung); für polizeiliche Zwecke 7,1 Millionen Mr.; für wirtschaftliche Zwecke 230 Millionen Mr. (3,64 Mr. je Kopf der Bevölkerung) und für soziale Zwecke 533,1 Millionen Mr. (8,44 Mr. je Kopf der Bevölkerung). Währenddessen für Heeresausgaben 11,80 Mr. je Kopf der Bevölkerung vorgesehen sind, werden für soziale Zwecke, für kulturelle Zwecke und für das Gesundheitswesen nur 9,09 Mark Ausgaben in den Etat eingestellt. Man bedenke, daß die Reichswehr und die Reichsmarine gegenüber der Friedenszeit um rund das Achtfache vermindert wurden.

Die erste Korrektur an diesem Finanzprogramm des Reiches hat nun der Reichsrat vorgenommen, indem er die Gehälter Ansprüche um einiges beschnitten und dafür für kulturelle und wirtschaftliche Zwecke die Ausgabenposten erhöhte. Die Presse der Rechten, d. h. die meisten Zeitungen, die mit den Scharfmachern der Industrie durch dick und dünn gehen, toben über das verdorbene Geschäft der Panzer- und Kanonenlieferanten. Wir dagegen wollen hoffen, daß der Reichstag die Gehälter Pläne noch mehr beschnidet und daß für soziale Zwecke größere Mittel bereitgestellt werden.

Gewerkschafts- und Volkshäuser als Steuerzahler. Die Veranziehung der Gewerkschafts- und Volkshäuser zur Körperschaftsteuer und Vermögenssteuer wurde bisher sehr verschiden gehandhabt. Bei manchen ist der Charakter der Gemeinnützigkeit anerkannt und infolgedessen zahlen sie keine Steuern, andere dagegen zahlen wie jedes private, auf Gewinnerzielung eingestellte Unternehmen ihre Vermögens- und Körperschaftsteuer. Dieses Durcheinander in der Handhabung hat wohl den Reichsfinanzminister veranlaßt, einen besonderen Erlaß an die Landesfinanzämter herauszugeben zu lassen, der besondere Richtlinien über die Charakterisierung der Gewerkschafts- und Volkshäuser enthält. Auf den umfangreichen Inhalt des Erlasses einzugehen wird Aufgabe der zuständigen Stellen sein. Wir begnügen uns damit, diesen Fall so zu registrieren und den Häusern unter Beileid auszusprechen, die bisher von den genannten Steuern befreit waren. Denn nach diesem Erlaß wird es bei den Gewerkschafts- und Volkshäusern keine Steuerfreiheit mehr geben.

Untermwegs erkrankt. Auf Grund unserer Sozialgesetzgebung sind fast alle Arbeiter Mitglieder einer Orts- oder Betriebskrankenkasse und als solche gegen Krankheit versichert. Wer nicht an seinem Wohn- oder Arbeitsort erkrankt, kann auch die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen, der nicht in einem Vertragsverhältnis zu der versichernden Krankenkasse steht. Letztere wird dann die Arztrechnung begleichen. Bekanntlich werden die gesamten Leistungen der Krankenkasse aufgebracht durch Beiträge der Versicherten und Unternehmer. Da wird es natürlich notwendig, die Kasse vor Heberverteilung zu schützen. Wie notwendig es ist, hierauf zu achten, möge nachstehender Fall beweisen.

Ein auswärtiger Arzt hatte ein Mitglied der Ortskrankenkasse D. (eine rheinische Stadt) behandelt und eine Rechnung über 570 Mr. ausgestellt. Die Krankenkasse zog bei dem örtlichen Vertreter Erkundigungen ein und wurde dann bei dem betreffenden Arzt wegen der Summe vorstellig. Die Folge war, daß letzterer die Rechnungssumme von 570 Mr. auf weniger als 200 Mr. herabsetzte! So wurde die Ortskrankenkasse in einem einzelnen Fall vor einer Mehrausgabe von weit über 300 Mr. bewahrt.

Von den Unmündigen im Geist. In einem Neujahrsartikel in der „Handwerks-Zeitung“ hämmert der Präsident der Berliner Handwerksammer seinen Kollegen die Notwendigkeit der Organisation mit folgenden Worten ein:

„Leber die Bedeutung der Organisation im allgemeinen ein Wort zu sagen, erscheint eigentlich überflüssig in einer Zeit der Wirtschaftskrisis, in der der einzelne Mensch, auf sich selbst gestellt, überhaupt keine Rolle spielt... Wer das angeht, der gegen das Handwerk anstürmenden Mächte nicht versteht, dem ist nicht zu helfen. Glücklicherweise ist die Zahl dieser Unmündigen im Geist nicht allzu groß, aber da sie oft den Mangel an Verständnis durch starke Zungenkraft und kräftige Ellenbogen erlegen, finden sie hier und da noch Gläubige und Helfer. Wir werden auch im kommenden Jahre alle Kräfte brauchen, um uns zu behaupten und durchzusetzen, und werden uns deshalb immer wieder bewußt werden müssen, daß nur äußere und innere Geschlossenheit uns helfen kann.“

Was hier gesagt wird, trifft Wort für Wort auch für die Arbeiter zu, denn sie stehen als einzelne noch schutzlos da als die Handwerksmeister. Der einzelne Mensch ist im Wirtschaftstempel nichts.

Das nachdentliche Streichhölzchen. Jüngst jahre ich mit der Eisenbahn; mir sprag gegenüber sitzt ein Arbeiter. Im gleichen Augenblick, da ich mir eine Zigarette anzünde, macht mein Gegenüber dasselbe. Er hätte mich um etwas Feuer bitten können, er sah mich auch daraufhin an, aber — er tat es nicht!

Wenn 12 Millionen Arbeiter in Deutschland an jenem Tage im Jahr nur einmal so eine kleine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen, werden täglich 6 Millionen Streichhölzer zuviel verbraucht. Es mögen in jeder Schachtel etwa 60 Stück enthalten sein? Das sind täglich 100.000 Streichhölzschächtelchen zu 3 Pf. oder rund 3000 Mr. Das macht im ganzen Jahre über eine Million Mark aus. Sollte man das glauben? Eine so kleine selbstverständliche Hilfeleistung könnte der deutschen Arbeiterchaft jährlich eine Summe von über 1 Million Mark ersparen oder — im gegenteiligen Fall — unnütz ausgeben lassen.

Was soll diese kleine Erzählung? Durch die erwählte geringfügige Gefälligkeit selbst gezeigt werden, wie durch gegenseitige Hilfeleistung Geld gespart werden kann. Wieviel mehr könnte gespart werden, wenn immer und überall die einen Arbeiter dem anderen hilfreich, das heißt solidarisch, zur Seite stehen würde! Wer rechnet einmal aus, wieviel hundert Millionen Mark das jährlich ausmachen würde? Wer denkt einmal darüber nach, welches gute Verhältnis unter der Arbeiterchaft entstehen würde, wenn die gegenseitige Hilfeleistung das hervorsteckende Merkmal der Arbeiterchaft wäre?

Der Esel und die Reichsbahn. Im „M.“ lesen wir von Herrmann B. folgende amüsante Geschichte:

Dieser Tage fuhr ich von einer bekannten Stadt am Rhein mit dem Zuge in die Esel. Auf der Station C. setzte sich der Zug, nachdem er kaum angehalten, wieder rückwärts in Bewegung. Ich fragte einen Mann im Abteil, ob der Zug hier rangieren müsse.

„Nein,“ sagte der, „das ist wegen des Esels.“

„Wegen des Esels?“ fragte ich zurück.

„Ja, der Lokomotivführer ist mal wieder zu weit gefahren.“

„Der Lokomotivführer... ich verstehe nicht.“

„Ah, Sie wissen das nicht. Das ist nämlich so: Es gibt hier im Dorfe einen Esel, der die Aufgabe hat, die Milch an den Zug zu fahren. Dieser Esel geht aber nur bis zu einer bestimmten Stelle, und da bleibt er einfach stehen. Darum muß der Zug so halten, daß der Paddwagen genau vor dem Eselstarken steht. — Sehen Sie, jetzt steht er richtig.“

Ich schaute zum Fenster hinaus. Da stand vorne wirklich ein Karren mit einem Esel. Der Mann im Abteil fuhr fort: „Alles haben sie versucht mit dem Esel, ihn gefesselt, mit Wasser begossen usw. Es hat nichts genützt. Er geht einmal nicht weiter als bis da, wo er jetzt steht.“

Anzweifel waren die Karren ausgeladen, und der Zug setzte sich wieder in Bewegung. Der Esel sah gleichmütig zu und wackelte mit seinen langen Ohren. Ich wandte mich wieder meinem Reisegenossen zu und mit der Würde eines Abgeordneten fragte ich: „Und was bedeutet die Bahnhofsverwaltung zu tun, um dem kompromittierenden Benehmen dieses Esels ein Ende zu bereiten?“

Der Mann lachte und meinte: „Die Reichsbahn kann uns Menschen Vorkehrungen machen, aber einem Esel kann auch sie nicht beikommen.“

Seidem ist der Esel in meiner Abtug bedeutend geblieben.

Literatur.

Das Jahresheft der „Arbeiter-Jugend“ beschäftigt sich verhältnismäßig stark mit den Aufgaben des kommenden Jahres. Die Heftschrift ist zu beziehen durch die Post und durch jede Buchhandlung. Das Einzelheft kostet 25 Pf.

Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch. Im Anhang 20 unverfälschte Briefe Ludendorffs und die wahrgenommene Besetzung des Reiches durch die Besatzer. Von Dr. phil. T. G. von dem Knefbeck. Im Selbstverlag des Verfassers. Preis brosch. 2,50 Mr. Auslieferung: Fortschrittliche Buchhandlung, München, Oststraße 1.

Für die Woche vom 8. bis 14. Januar ist die Beitragsmarke für das 2. Feld des Mitgliederbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserem Kollegen und Vertrauensmann Karl Busch und seiner lieben Braut Effe Dillmann nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.

Die Kollegen der Zählstelle Darmstadt.

Herzlichen Glückwunsch zur Vermählung unserer Kollegin Gertraude Brüggemann und Gatten; auch herzlichsten Glückwunsch unserer Kollegin Klara Jänemann und Gatten.

Die Zählstelle Oranienburg.

BERLIN

ACHTUNG! Bildungskurse ACHTUNG!

Der neue Kursus über

„Die Presse und die Konzerne der Meinungsfabrikation“

beginnt am **Mittwoch, d. 25. Januar 1928, 5 Uhr nachm.**, im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule (Gewerkschaftshaus), Engelauer Nr. 24 25, 2. Hof

Kolleginnen und Kollegen, die an dem Kursus teilnehmen wollen, müssen ihre Meldungen umgehend im Bureau abgeben. Der Ortsvorstand, G. Großmann

STERBETAFEL

Nach kurzer Krankheit verschied am 2. Januar unsere liebe Kollegin

Anny Janschmidt
(in Firma W. Gerindet)

im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren

Die Kolleginnen und Kollegen von Offen/Ruhr.

In der Nacht zum 7. Januar 1928 starb nach kurzem Krankenlager infolge Lungenentzündung unsere liebe Kollegin Frau

Emma Fischer

im kaum vollendeten 52. Lebensjahre.

36 Jahre lang war sie Einlegerin. Sie gehörte mit zu unseren ältesten Mitgliedern und war jahrelang Vertrauensperson bei der Firma Weipers.

Treu und Pflichterfüllung waren ihr oberstes Gebot. In Betrieb und Haus sorgte sie für Ordnung und Frieden. Trotz eigener Sorgen war sie stets liebensvoll und hilfsbereit, wenn es galt, anderen beizustehen. Mit Umsicht und Geschick trat sie für ihre Mitarbeiterchaft ein, fehlte ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung, sie galt immer bei uns als das Beispiel einer guten Gewerkschafterin. Ihr Streben und Schaffen bleibt unvergessen. Ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Mitglieberschaft Köln.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte, Charlottenburg, Westfälische Straße 16. Fernspr.: Amt Westend 1328. — Verlag: S. Köhler, Charlottenburg. — Druck: Formäris-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68.